

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Mikulicz**,  
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 21. August 1919, Nr. 337.

**Mindestbemitteltenfürsorge.** In der 114. Fürsorgeweche erfolgt die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch, die in den Ständen der Großschlächterei: II., Volkertplatz, Radingerstrasse, Im Werd, III., St. Marx, Kleistgasse, Kardinal Naglgasse, V., Hundstürmerplatz, Kohlgrasse und Siebenbrunnengasse rayoniert sind. Abgetrennt wird der links oben befindliche, durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt der rosafarbenen Einkaufsscheine. Jede Person des Haushaltes bekommt 10 kg zum Preise von K 1.--. Die Abgabetermine sind: Dienstag, den 26. August für A - F, Mittwoch, den 27. August für G - K, Donnerstag, den 28. August für L - R, Freitag, den 29. August für S - Z. An die Anstalten, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 121. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Haferflocken (zum Preise von K 3.30 per 1 kg) abgegeben werden.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 21. August 1919, Nr. 338.

**Zur Kohlenfrage.** In der heutigen Stadtratsitzung stellte St.R. Schmid folgenden Antrag: Die Kohlennot ist in Deutschösterreich und besonders in Wien zu einer Katastrophe geworden und es muss alles aufgeboten werden, um dem Brennstoffmangel wenigstens teilweise abzuwehren, daher muss auch auf solche Brennstoffe gegriffen werden, die bisher als minderartig kaum in Betracht gezogen wurden. Dies gilt insbesondere auch vom Torf, der sich in Deutschösterreich in grösseren Lagern vorfindet, hauptsächlich aber nur zur Erzeugung von Torfmüll und Torfstreu ausgenützt wird. Der Torf kann aber nicht nur als Dünger, ferner zu hygienischen und Isolationszwecken, sondern auch, im Wege der Verkohlung, Verkokung und Brikettisierung als Brennstoff zur Kesselheizung benutzt werden. Da die Gemeinde in Schrems und Admont eigene Torfbetriebe besitzt, so wird

der Antrag gestellt:

Der Stadtrat wolle beschliessen, dass in den städtischen Betrieben zu Schrems und Admont Versuche gemacht werden, um die Eignung des dort lagernden Torfs zur Verkohlung, Verkokung und Brikettisierung festzustellen. Im Falle des Gelingens dieser Versuche wären geeignete Vorschläge behufs Erweiterung unserer Torfbetriebe zu erstatten.

**Abgabe von Kipflerkartoffeln.** Morgen Freitag werden auf den Märkten des 1., 2., 3., 4., 6., 7., und 14. Bezirkes Kipflerkartoffeln und zwar 1/2 kg pro Kopf zum herabgesetzten Preise von K 3.96 für das kg abgegeben. Die Abgabe erfolgt ausserhalb des Rahmens der Rayonierung gegen Durchlochung der Ziffer „V“ am unteren Rande der gelben oder lila Mehlbezugskarte. Die Festsetzung des bisherigen Preises von K 6.96 für das kg beruhte auf einer irrthümlichen Auslegung des behördlichen Erlasses über die Produzentenhöchstpreise. Allfällige auf den Märkten des 4., 14., 16., 18., 20. und 21. Bezirkes von heutigen Verkäufen übrig gebliebenen Kipflerkartoffeln werden ebenfalls auf diesen Märkten <sup>morgen</sup> (Freitag) zum Preise von K 3.96 für das kg unter den obigen Bedingungen abgegeben.

**Die Anträge um Strassenbahnfahrkarten.** Der Stadtrat hat nach einem Berichte des 35. Ausschusses den Antrag der Bezirksvertretung 12 wegen allgemeiner Quer-

kennung von Fahrpreisbegünstigungen an städtische Angestellte mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage der Strassenbahn abgelehnt. Für dienstliche Fahrten der städtischen Bediensteten sei Inzifferne vorgesehrt, als die einzelnen Verwaltungszweige dienstlich notwendige Zeitkarten auf eigene Rechnung beschaffen können und auch an städtische Dienststellen Einzelfahrtscheine für dienstliche Zwecke abgegeben werden können. Für die Dienstfahrten der einzelnen Organe erscheine also ohnehin genügend Vorsorge getroffen, für ausserdienstliche Fahrten könnten aber keine Begünstigungen gewährt werden.

**Verkauf der Gebindeworräte der Gemeinde.** Die Gemeinde hat in den Jahren 1917 und 1918 im Zusammenhange mit ihren Sauerkraut-, Obst- und Kartoffelgeschäften grössere Mengen von Transport- und Lagergebänden erworben, die im November 1918 noch einen bedeutenden Zuwachs erfuhr. Durch die zu sehr günstigen Preisen erfolgte Übernahme des Inventars des militärischen Passlagerplatzes in Stammersdorf. Da diese Gebände für den Lebensmittelhandel der Gemeinde nicht mehr benötigt werden, hat der Stadtrat nach einem Beschlusse des St.R. Hackl heute beschlossen, dieselben im Wege einer öffentlichen Offertausschreibung zum Verkaufe zu bringen. Der grösste Teil der Gebände lagert in Stammersdorf, der kleinere Teil, Bierlagerfässer, am Zentralviehmarkt in St. Marx.

**Wohltätigkeitsfest.** Die Bediensteten des städt. Strandbades „Gänsehäufel“ veranstalten am 20. September l. J. im Kadmanns Sälen „zum goldenen Kreuz“ II. Bezirk, Prater nächst dem Lustspieltheater ein grosses Wohltätigkeitsfest mit Konzert, Variété, Schönheitskonkurrenz und Tanzkränzen. Das reichhaltige Programm weist unter anderen folgende Kunstkräfte auf: Das Soloquartett Würflinger von Schubertbund, Rudolf Kurpa von Apollotheater, den arabischen Magier Ben il Noor, die spanisch-mexikanische Tänzerin Ma d'oro Sanchez und das Rokoko-Tanz-Duett Klein Hoeter. Das Reinorträgnis fliesst der Unterstützungskasse für in Not gerathene Bedienstete des „Gänsehäufels“ zu. Karten im Vorverkaufe sind an den Kassen sowie bei den Bediensteten des Strandbades erhältlich.

**Zur Kriegsgefangenenfrage.** Der Stadtrat hat heute folgende Kundgebung beschlossen: Der Stadtrat beauftragt den Bürgermeister an die deutsch-österreichische Friedensdelegation in St. Germain mit der dringenden Forderung heranzutreten, es möge dem Obersten Rat der Alliierten eindringlich vorgestellt werden, dass die rasche Freilassung unserer Kriegsgefangenen ein unabweisbares Gebot der Menschlichkeit ist. Ebenso wie die italienische Regierung die Heimkehr Kriegsgefangener gestattete, ebenso können die Regierungen jener Staaten die Kriegsgefangenen zurückhalten ihre Freilassung verfügen, damit das Leid der Mütter und Väter, der Frauen und Kinder endlich ein Ende findet. Es ist eine jeder Humanität spottende Qual, die über die Kriegsgefangenen, die wahrlich nicht die Ursachen des furchtbaren Krieges waren, verhängt wird, wenn sie lange nach dem Krieg noch immer der Peinlichkeit beraubt sind, wenn sie von ihren lieben Angehörigen getrennt, noch immer nicht das Ende ihres Leides absehen. Diese zwecklose Tortur wird durch Verfügungen, die den Gefangenen die Korrespondenz mit ihren Angehörigen unmöglich macht, vielfach verschärft. Möge der Oberste Rat der Alliierten endlich den grammausen Verfügungen ein Ende machen und die Heimkehr der Kriegsgefangenen ohne Verzögerung in die Wege leiten.

**Zur Finanzlage der Stadt.** In der heutigen Stadtratsitzung erstattete St.R. Breitner einen Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinde und beantragte, den Magistrat zu ermächtigen, aus den Beständen des Investitionsanlehens des Jahres 1914 einen Betrag von 30 Millionen Kronen voranschüssweise zur Deckung laufender Erfordernisse zu verwenden. Die Abnahme dieses Betrages habe nur nach Maßgabe der unumgänglichen Notwendigkeit zu geschehen und der Rückersatz nach Möglichkeit aus den restlichen Staatszuschüssen der 140 Millionen Kronen Kriegsauslagenperiode zu erfolgen. Bei der Gebarung im Budgetjahre 1919/20 <sup>ausserhalb</sup> ~~wäre~~ <sup>mit dem im Ver-</sup> ~~ein-~~ <sup>ein-</sup> ~~schlage~~ <sup>schlage</sup> vorgesehenen Ausgaben das Auskommen zu finden.

Allerdings seien angesichts der horrenden, noch immer andauernden Preissteigerungen Zuschusskredite nicht zu vergeben, doch gebe es demgegenüber nichts anderes, als eine Reduktion des gesamten Bauprogrammes. Der Stadtrat werde sich in nächster Zeit mit solchen Vorschlägen zu befassen haben. Bei den Pflasterungen habe man noch im Juni 500 % Aufzahlung präliminiert, während sich jetzt Mehrkosten bis zu Tausend Prozent ergeben.

VB. Hoss wies darauf hin, dass Zuschusskredite nicht zu vergeben seien, obwohl man es seiner Partei seinerzeit über genommen habe. Im Uebrigen habe er gegen das Referat nichts einzuwenden und stimme dafür.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen.

**Eine neue Darlehensforderung des Wiener Krankenanstaltenfonds.**

St.R. Breitner berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über ein neuerliches Ansuchen des Wiener Krankenanstaltenfonds um ein Darlehen von 7 Millionen Kronen. Der Wiener Krankenanstaltenfond habe bereits dreimal von der Gemeinde Wien Darlehen erhalten, die zusammen etwas über 9 Millionen Kronen betragen hätten. Diese Beträge seien auch schon ausbezahlt worden. Gleich der Gemeinde Wien würden jetzt auch wieder vom Lande und vom Staate Darlehensbeträge in derselben Höhe <sup>wie von der Gemeinde</sup> gefordert. Der Referent erklärte, er halte es, mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde für ausgeschlossen, weitere Vorzuschüsse zu gewähren. Die Gemeinde müsse vielmehr mit allem Nachdruck darauf beharren, dass endlich mit der Sanierung des Fonds Ernst gemacht werde. Ohne von vornherein sich gegen jede Mittragung der Kosten auszusprechen, müsse doch festgestellt werden, dass eine Dritttheilung der künftigen Defizite an und für sich ausgeschlossen sei. Dies gelte insbesondere für die bisher aufgelaufenen Schulden, zumal die Gemeinde an der Verwaltung des Fonds keinen Anteil gehabt habe.

St.R. Dr. Grün schloss sich dem Referentenantrage an, da die Gemeinde bisher ohnehin schon mehr als der Staat und das Land bezahlt hätte, indem die Gemeinde auch bei den Darlehen, die das Land und der Staat <sup>in summa</sup> bezahlt habe, mit einem Betrage von ungefähr 60 % beteiligt sei. Es sei naturgemäß zu verlangen den freigewählten Vertretern der Gemeinde als der grössten Zahl der einen grösseren Einfluss auf die Gebarung einzuwirken und ihn nicht einigen Beamten der anderen Stellen zu überlassen.

Auch St.R. Dr. Kleinböck stimmte dem Antrage des Referenten zu.

Bürgermeister Reumann erklärte sich mit dem vorliegenden Antrage ebenfalls einverstanden. Er lege Gewicht darauf, dass es endlich zu einer ernsteren Aussprache in dieser Erave mit den beteiligten Faktoren komme, da die Verhältnisse unbedingt einer Klärung bedürfen.

Der Antrag des Referenten wurde sodann angenommen.